

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Fokus
Bundesrats-
ersatzwahlen
und
Abstimmungen



Bundesratsersatzwahlen Drei kompetente Kandidaturen

FDP.Die Liberalen ist stolz auf die drei durch die Kantonalparteien eingereichten Kandidaturen: Regierungsrat Christian Amsler, Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter sowie Ständerat Hans Wicki steigen für Schaffhausen, St. Gallen und Nidwalden ins Rennen um die Bundesratsersatzwahl. An mehreren Roadshows in der ganzen Schweiz werden sie sich präsentieren.

Seiten 6 bis 10

10 Jahre FDP.Die Liberalen

Vor zehn Jahren fusionierten die Freisinnig-Demokratische Partei und die Liberale Partei der Schweiz. Fulvio Pelli, der erste Parteipräsident nach der Fusion, blickt zurück auf eine Erfolgsgeschichte und nach vorne auf die Zukunft.

Seite 15

Nein zur SBI

Am 25. November 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die «Selbstbestimmungs-Initiative (SBI)». Wie Ständerat Philipp Müller ausführt, kommt es dadurch aber nicht zur Klärung zwischen Landes- und Völkerrecht, sondern zu noch mehr Unklarheit und Rechtsunsicherheit.

Seite 21



Klare Parolen

Nein zur Selbstbestimmungs-Initiative

Die von 139 Delegierten und etlichen Gästen besuchte Delegiertenversammlung in Gretzenbach fasste drei klare Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2018. In einem spannenden Duell zwischen Kurt Fluri und SVP-Nationalrat Roger Köppel schlossen sich die Solothurner Freisinnigen mit 117 zu 15 Stimmen bei 6 Enthaltungen deutlich dem Nein-Lager an. Fluri gab im Anschluss unter grossem Applaus seine Wiederkandidatur für die nationalen Wahlen nächstes Jahr bekannt. Die Stimmen des Panaschierkönigs von 2015 sind unverzichtbar im Kampf um einen zweiten Sitz in der grossen Kammer.

Fraktionschef Peter Hodel holte mit seinem Re-

ferat ebenfalls eine Nein-Parole zur Hornkuh-Initiative heraus (115 zu 15 Stimmen, 5 Enthaltungen). Ein Ja setzte es nur für die einzige Behördenvorlage ab: der gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten, die von Vizepräsident und Kantonsrat Christian Thalmann vorgestellt wurde. Die Parole fiel mit 121 zu 13 Stimmen und 3 Enthaltungen ebenfalls deutlich aus. Balz Bruder, neuer Chefredaktor der «Solothurner Zeitung», und Peter Wanner, Verleger der AZ Medien, stellten sich als Schlusspunkt den kritischen Fragen der Delegierten, bevor die Anwesenden mit dem Singen des Solothurner Lieds den Abend feierlich beschlossen.

Inhalt

- 3 Solothurner Freisinn
- 6 Danke, Hannes!
- 7 Der Weg zur Bundesratsersatzwahl
- 8 Porträt Christian Amsler
- 9 Porträt Karin Keller-Sutter
- 10 Porträt Hans Wicki
- 11 Jungfreisinnige
- 12 RADIGAL
- 13 FDP International
- 14 FDP Urban
- 15 10 Jahre FDP.Die Liberalen
- 17 DV in Pratteln
- 18 Interview
- 19 mit Kacem el Ghazzali
- 20 Ja zum ATSG
- 21 Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative
- 22 Mentoring-Beitrag zur Vision
- 23 Parolenspiegel und Agenda

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00
E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Kantonaleil:
Redaktion Solothurner Freisinn
Schöngrünstrasse 35 | 4500 Solothurn
T: 032 622 31 66
E: info@fdp-so.ch | www.fdp-so.ch

Layout:
LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:
NZZ Media Services AG
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



Zukunft als Chance

Packen wir sie gemeinsam

Liebe Freisinnige

Die Schweiz, unsere Heimat, ist heute ein Erfolgsmodell. FDP.Die Liberalen will dieses Erfolgsmodell sichern und in die Zukunft tragen. Wie wir dies tun wollen, haben wir in unserer Zukunftsvision mit sieben Zielen festgehalten. Mit unserer Vision – auf welche Amélie Evard aus unserem Mentoring-Programm auf Seite 22 im Detail eingeht – zeigen wir klar auf, dass wir die einzige Partei sind, die eine positive, konstruktive Zukunftsvision für unser Land hat und nicht auf Angst setzt. Wir wollen als Schweiz weiterkommen.

Nein zur SBI

Die Selbstbestimmungs-Initiative, über die wir am 25. November abstimmen, ist ein gutes Beispiel hierfür. Die Initiative will, dass die Bundesverfassung einen generellen Vorrang gegenüber internationalen Verträgen erhält. Was in der Theorie einfach klingen mag, führt in der Praxis zu massiver Rechtsunsicherheit. Für die FDP ist klar: Unser Wohlstand, die Stabilität und Rechtssicherheit dürfen nicht ohne Not gefährdet werden. Damit die Schweiz ein Erfolgsmodell bleibt, muss sie ein verlässlicher Partner bleiben. Darum: Nein zum Frontalangriff auf unsere Rechtssicherheit, nein zur Selbstbestimmungs-Initiative! Weitere Informationen zur Selbstbestimmungs-Initiative finden Sie in diesem Freisinn.

Danke Hannes!

Ein Vorzeige-Vorkämpfer für das Erfolgsmodell Schweiz ist unser Bundesrat Johann Schneider-Ammann. In seinen acht Jahren als Bundesrat hat er einen grossen Leistungsausweis erbracht und viel für unser Land erreicht. Ich danke ihm von ganzem Herzen für sein unermüdliches Engagement! Für uns als Partei heisst sein Rücktritt aber natürlich auch, dass wir seine Nachfolge regeln müssen. Die FDP-Liberale Fraktion wird an ihrer Sitzung vom 16. November entscheiden, wer auf das Ticket für die Nachfolge kommen wird. An der Roadshow in Liestal haben sich die Kandidatinnen und Kandidaten bereits der Bevölkerung präsentiert. Wenn auch Sie sich ein persönliches Bild der Anwärterinnen und Anwärter machen möchten, dann kommen Sie am 12. November an den Roadshows in Winterthur oder am 14. November in Yverdon vorbei und lernen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten kennen.

Ihre Petra Gössi



Switzerland first?

Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative

Wenn ich die verschiedenen Leserbriefe zur Selbstbestimmungs-Initiative lese, dann verspüre ich bei den Autoren Liebe, Verbundenheit und Stolz zu unserer Heimat, der Schweiz. Das ist toll und zeugt von politischem Engagement. Den Schlussfolgerungen, dass die Selbstbestimmungs-Initiative dem schon immer vorhandenen Willen, keine fremden Richter zu dulden, entspreche und somit nur so unsere Demokratie gerettet werden könne, kann ich hingegen nicht folgen. Die Geschichte lehrt uns da etwas ganz anderes.

Der König als oberster Richter

Der Passus im Bundesbrief über die «fremden Richter» wird schlicht falsch wiedergegeben, einerseits weil weder im lateinischen Originaltext noch in der deutschen Übersetzung das Wort «fremd» vorkommt. Andererseits waren Richter zur damaligen Zeit (1291) nicht Richter im heutigen Sinn, sondern sie waren zuständig für den Vollzug von Urteilen, welche erfahrene und angesehene Landsleute gefällt hatten. Die Richter hatten somit eher eine Polizeifunktion. Ihr Amt entsprach in etwa den heutigen kantonalen Justizdirektoren. Diese Richter wurden von den Habsburgern, resp. zur Zeit des Bundesbriefes von König Rudolf von Habsburg,

bzw. dessen Sohn Albrecht ernannt, und zwar aus ihren Reihen und gegen Geld. Im Bundesbrief von 1291 wird dann jedoch Uri, Schwyz und Unterwalden die Freiheit eingeräumt, dieses Amt nur noch durch in den Talschaften wohnhafte Personen besetzen zu dürfen. Gleichzeitig bedeutete dieser Passus jedoch die Akzeptanz, dass der König als oberster Richter anerkannt wurde. Heute entspräche dies entweder dem Internationalen Gerichtshof oder dem Europäischen Gerichtshof.

Das Erbe Napoleons

Die heutige Schweiz mit ihrer direkten Demokratie ist nicht nur auf Eigeninitiative der Schweizer entstanden, sondern vielmehr auf Druck von ausländischen Mächten. Bis ins 17. Jahrhundert herrschte auf dem heutigen Gebiet der Schweiz alles andere als Gleichberechtigung. Die Mehrheit der Bevölkerung, also die Untertanen, waren von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Diese Rechte waren wenigen, nämlich den Mitgliedern der Zünfte oder den gnädigen Herren vorbehalten. Erst Napoleon zwang den Schweizern eine Verfassung, die Vereinheitlichung der Rechtsprechung, der Masse und Gewichte sowie eine gemeinsame Währung auf. Nach dem Rückzug von Napoleon

wollten einige Kantone/Regionen wieder die Untertanenverhältnisse einführen, andere wehrten sich vehement gegen den Verlust der erhaltenen Freiheiten während der von Napoleon verordneten Helvetik. Sie waren untereinander heillos zerstritten. Nur ein Machtwort von Fürst von Metternich (Preussen) und Zar Alexander (Russland) während des Wienerkongresses 1815 ermöglichte es, dass die Schweiz auf der Grundlage der von Napoleon 1798 verordneten Verfassung in die geplante europäische Ordnung eingebaut wurde. Ohne diese Intervention von «fremden Richtern» wäre die heutige Schweiz wahrscheinlich kaum grösser als das Fürstentum Liechtenstein.

Ein einvernehmliches Verhältnis

Als Zwischenfazit kann man festhalten, dass die Schweiz in der heutigen Form mit ihrer direkten Demokratie dank dem Wohlwollen und der direkten Einwirkung von ausländischen Mächten entstanden ist. Diese hatten auch ein entsprechendes Interesse daran, sei es die Sicherung des direktesten Weges via Gotthard nach Rom zum Papst, der als Einziger die Kaiserwürde vergeben konnte (13. bis 16. Jahrhundert), oder die Förderung der Entstehung einer neutralen Pufferzone zwischen Frankreich und Österreich (19. Jahrhundert). Die Zeiten haben sich jedoch geändert. Heute hat die Schweiz ein Interesse an einem einvernehmlichen Nebeneinander mit dem Rest der Welt und besonders Europa. Und das ist uns bis heute sehr gut gelungen: mit Pragmatismus, Augenmass und von Fall zu Fall mit einer sachlichen Güterabwägung. Mit einer Annahme der Selbstbestimmungs-Initiative würden wir nicht nur viele Errungenschaften stark gefährden, sondern wir engen den Spielraum des Parlaments ein. Eine starke Demokratie, wie diejenige der Schweiz, braucht keine starren Regeln und Fesseln, sondern Freiräume, sich zu entwickeln.

Trump'sches Amerika von Europa?

Schon der heilige Bruder Klaus ermahnte uns, Streitigkeiten friedlich zu lösen. Er war ein Verfechter dafür, es nie auf einen selbstzerstörerischen Bruch ankommen zu lassen. Zu einem solchen Bruch würde es aber bei einer Annahme der Selbstbestimmungs-Initiative kommen. Wollen wir wirklich das Trump'sche Amerika von Europa werden (Switzerland first)? Für mich ist deshalb klar, dass die Selbstbestimmungs-Initiative abzulehnen ist. Sie suggeriert eine Bedrohung durch völkerrechtliche Verpflichtungen, die es in diesem Masse gar nicht gibt. Schon heute unterstehen völkerrechtliche Verträge entweder dem obligatorischen Referendum, oder es kann gegen sie das fakultative Referendum ergriffen werden. Mehr braucht es nicht.

Johanna Bartholdi
Kantonsrätin, Egerkingen



Legalisierung von Cannabis

Jungfreisinnige lancieren Volksauftrag

Illusorisch geht man davon aus, dass der Handel und Konsum von Cannabis durch strafrechtliche Ansätze gestoppt werden könne. Der Konsum ist weit verbreitet, friedfertig, und rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung hat bereits Erfahrungen mit Cannabis gemacht. Trotz restriktiven Massnahmen liess sich seit den 90er-Jahren sogar ein Anstieg des Cannabiskonsums verzeichnen. Psychoaktive Substanzen haben die Menschheit in ihrer Geschichte schon immer begleitet. Einige, wie Tabak oder Alkohol, sind weitgehend akzeptiert, während der Konsum von Cannabis unter Strafandrohung steht. Die heutige Prohibitionspolitik verursacht mehr Schaden als die Droge selbst. Die Illegalität der Drogen setzt die Konsumierenden grossen Gefahren aus. Sie müssen sich auf den kriminellen Markt einlassen, der den grösstmöglichen Profit einfahren und diese abhängig machen will. Durch den Verkehr in solchen Milieus ist die Wahrscheinlichkeit, mit harten Drogen in Berührung zu kommen, viel höher. Drogen können schädlich sein und müssen darum vom Staat, der für das Wohlergehen seiner Bürger verantwortlich ist, reguliert werden.

Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit und Bevormundung des Bürgers

Die Rechtsstaatlichkeit setzt voraus, dass Gesetze von den Bürgern respektiert werden und nicht gegen diese verstossen wird. Das Risiko, bestraft zu werden, hält die Menschen nicht vom Drogen-

konsum ab, wie das ein Drittel der Schweizer Bevölkerung beweist. Diese Gleichgültigkeit seitens der Bevölkerung ist nicht von der Hand zu weisen. Denn der Rechtsstaat muss Verbrechen, welche andere Menschen an Leib und Leben oder materiell schädigen, durch Strafen abzuschrecken versuchen. Er hat Verbrechen und keine Laster zu bestrafen. Mit Lastern schadet man primär sich selbst, und die Erziehung der Bürger ist keine Staatsaufgabe.

Ungenutztes medizinisches Potenzial der Pflanze

Durch die heutigen rechtlichen Hürden kann die Beschaffung von Cannabis für Forschung und Medizin zur Gratwanderung werden. Betroffene Patienten von Nervenerkrankungen wie ALS sind betroffen von nur schwer therapierbaren Spastiken oder Muskelkrämpfen. Patienten, die sich im Endstadium ihrer Krankheit befinden, könnten sich in ihrer Verzweiflung am Schwarzmarkt Cannabis besorgen. Unter Umständen machen sie sich strafbar und riskieren, Ware von zweifelhafter Qualität zu bekommen. Was dies betrifft, ist die Schweiz noch ein Entwicklungsland. In anderen europäischen Staaten wie Italien, Holland oder Spanien ist Cannabis schon längst für therapeutische und medizinische Zwecke einsetzbar.

Zusätzliche Steuereinnahmen und Kosteneinsparungen

Die Einkünfte durch die Besteuerung von Cannabis

sind enorm. In den USA verdiente der Gliedstaat Washington im Jahr 2017 315 Millionen Dollar aus dem Marihuana-Sektor – mehr Geld als mit der Besteuerung von Alkohol. Dieses Geld könnte dem Gesundheitswesen, sowie der Prävention zugutekommen. Weiter können soziale Ausgaben gesenkt werden, da die Betroffenen ihre Einkünfte weiterhin aufrechterhalten können. Auch das Strafrechtssystem ist mit direkten Einsparungen konfrontiert, so dass die frei gewordenen Ressourcen auf schwerere Verbrechen wie Gewalt- und Eigentumsdelikte konzentriert werden können.

Standesinitiative zum Ziel

Die Prohibition rechtfertigt die Kriminalisierung von Menschen, die keine Gefahr für andere darstellen. Bestraft werden nur jene, die leiden und eigentlich Hilfe benötigen. Nur durch die Legalisierung und Enttabuisierung kann offen über die Thematik gesprochen und eine effektive Präventionskampagne erstellt werden. Es ist an der Zeit, die uns gegebenen Chancen zu nutzen, statt krampfhaft an gescheiterten Ansätzen festzuhalten. Zusammen mit Kantonsrat Markus Dietschi wollen die Jungfreisinnigen die Problematik mittels eines Volksauftrages aufgreifen. Dieser zielt darauf ab, eine Standesinitiative zu formulieren, die den Anbau, Besitz, Handel, Konsum und die Abgabe von Cannabis legalisiert und analog zum Alkohol reguliert.

Wen wollen wir, oder wer will noch?

Kolumne

Karin Keller-Sutter hat es sich lange überlegt und dann entschieden, sich für die Nachfolge von Bundesrat Johann Schneider-Ammann zu bewerben. Eine überzeugende Kandidatur! Als St. Galler Regierungsrätin hat sie bewiesen, dass sie regieren kann. Im Ständerat bürgt sie für die Fortsetzung sankt-gallisch freisinniger Politik von Qualität, wie sie ihre Vorgängerin Erika Forster-Vanini und deren Vorgänger Ernst Rüesch und Paul Bürgi vorgelebt haben. Karin Keller-Sutter ist zuzutrauen, als Bundesrätin jedes Departement kompetent führen zu können. Eine willkommene Zugabe: Sie ist eine Frau und eine Ostschweizerin.

Eigentlich könnte nun die freisinnige Fraktion der Bundesversammlung klipp und klar sagen: Das ist unsere Kandidatin! Wir wollen Karin Keller-Sutter im Bundesrat! Basta. Also kein Zweierticket mit allfälligen Alibikandidaten, auch wenn dann die Hinterbänklerinnen und Hinterbänkler aus allen Ecken schreien: Wir haben keine Auswahl. Das stimmt nicht. Jedem Mitglied der Vereinigten Bundesversammlung ist es unbenommen, jede andere wählbare Person auf seinen Wahlzettel zu schreiben. Die SVP, die jetzt zwar gross im ganzen Land «Zurück zur Selbstbestimmung» plakatiert, hat, als sie bei Bundesratswahlen an der Reihe war, unmissverständlich erklärt: Nur Kandidaten dürfen gewählt werden, die sie nominiert hat. Auch noch mögliche (hervorragende) Kandidaten mussten vor aller Augen unterschreiben, dass sie eine Wahl nicht annehmen würden. Was für ein demütigendes Schauspiel! Und jetzt heisst es schon: Nicht offiziell Nominierte zu wählen, ist verpönt. Damit wird das verfassungsmässig garantierte Wahlrecht der Vereinigten Bundesversammlung nicht nur eingeschränkt, sondern auch verletzt.

Als Christiane Brunner als Bundesrätin nicht genehm war, brachte die SP plötzlich eine Unbekannte, Ruth Dreifuss, ins Spiel. Die Fraktionen wollten sich deshalb diese vorerst einmal näher anschauen. Das war der Anfang der Hearings vor Bundesratswahlen, die nun Usus geworden sind. Aber was will man denn noch in Hearings von Karin Keller-Sutter wissen? Ob sie für das Klimaabkommen ist, die Ehe für alle befürwortet oder Velowege fördern will? Entweder haben auch die Mitglieder des Nationalrates – im Ständerat ist sie ja ohnehin bestens



bekannt – in den vergangenen nahezu vier Jahren Karin Keller-Sutter kennen und einschätzen gelernt, oder dann ist ihnen auch mit den Hearings nicht zu helfen. Natürlich werden sich Hearings wieder aufdrängen, wenn man noch im hintersten Zipfel des Landes eine Regierungsrätin oder einen Regierungsrat findet, die bzw. der auch noch kandidieren möchte.

Die Kandidatur von Karin Keller-Sutter steht auch in einem klaren Kontrast zu dem, was die CVP derzeit anzubieten hat. Es sieht jedenfalls nicht so aus, dass ihr die Ersatzwahl in den Bundesrat frischen Wind bringen könnte. Es ist nicht einmal ein leises Lüftchen auszumachen. Der CVP fehlt es nicht nur an Ideen, sondern auch an Personal. Parteipräsident Gerhard Pfister und Bundeskanzler Walter Thurnherr wehren sich zwar noch in den Medien gegen eine allfällige Wahl, obwohl beide absolut valable Kandidaten wären. Auf andere, vor allem von Langzeitaspiranten erfolgte Absagen sollte dagegen weniger mit einem «Schade, dass...» als vielmehr mit der Frage reagiert werden: warum denn auch in diesem Fall die plötzliche Kehrtwende?

Dass sich bei der CVP drei Frauen gemeldet haben, wird in den Medien bereits als grosse Sensation gefeiert. Gefragt wird nicht, ob denn alle drei dazu auch fähig wären. Bundesratswahlen verkommen mehr und mehr zu einem Medienspektakel, in den übrigens auch gewisse Parlamentarier gerne mitmischen und so tun, als ob gerade ihr Urteil massgebend wäre. Es wäre an der Zeit, dass die Parteien wieder selber das Heft in die Hand nehmen. Und die Frage muss lauten: «Wen wollen wir?» und nicht «Wer will auch noch?».

Urs Marti, Langendorf

Rochade

Michel Aebi für Anita Panzer

Aus beruflichen Gründen hat Anita Panzer zu unserem grossen Bedauern als Mitglied des Kantonsrats und Vizepräsidentin der Kantonalpartei demissioniert. Sie gehörte dem Parlament seit 2013 an. Anita Panzer steht in nächster Zeit vor grossen beruflichen Herausforderungen, die ihre volle Aufmerksamkeit erfordern. Partei und Fraktion danken ihr für ihren grossartigen Einsatz für den Solothurner Freisinn. Sie bleibt der FDP als Gemeindepräsidentin von von Feldbrunnen-St. Niklaus weiter erhalten. Ihren Platz im Kantonsrat übernimmt Michel Aebi aus Riedholz. Der 52-Jährige ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Er ist dipl. Gärtnermeister und Inhaber einer Firma für Innenbegrünungen. Die FDP wünscht Michel Aebi in seinem neuen Amt viel Erfolg und Befriedigung.



Michel Aebi und Anita Panzer.

AGENDA

Donnerstag, 15. November

18.00 Uhr: Club FDP 2000: Jahresversammlung mit Gastreferent alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz (Roter Turm, Solothurn)

Sonntag, 25. November

Eidgenössischer Abstimmungssonntag (Parolen siehe Seite 1)

Sonntag, 6. Januar 2019

10.00 Uhr: Dreikönigs-Brunch FDP Thal-Gäu (MZH Härkingen)

Dienstag, 15. Januar 2019

19.30 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung (Subingen)



Eine glänzende Bilanz

Danke, Hannes!

Johann Schneider-Ammann hat die Schweiz durch turbulente Zeiten geführt. Statt Profilierung zu betreiben, setzte er sich stets für Wohlstand, Jobs und die Menschen in der Schweiz ein – und das wird er noch bis Ende Jahr mit dem gewohnten Herzblut tun. Seine Erfolgsbilanz spricht für sich.

• **Mister Freihandel:** Seit seinem Amtsbeginn sind FHA mit 20 Partnern in Kraft getreten, darunter China, Kolumbien, Philippinen, Ukraine sowie mit Indonesien. Das entspricht der Hälfte aller Partner, mit denen die Schweiz derzeit ein FHA hat. Aktuell laufen Verhandlungen u. a. mit Mercosur, Malaysia, Vietnam und Indien. Zudem hat er vor kurzem exploratorische Gespräche mit den USA aufgenommen.

• **Digitalisierungsminister:** Frühzeitiger Vorkämpfer für die Digitalisierung in der Schweiz, u. a. mit dem Aktionsplan Digitalisierung für Bildung, Forschung und Innovation (mit 216 Millionen); Gründung Beirat Digitale Transformation WBF und UVEK; wirtschaftspolitische Weichenstellungen mit dem entsprechenden SECO-Bericht; brachte die Blockchain-Thematik auf das politische Parkett

• **Liberaler Chruppfer für Jobs:** Unermüdlicher Einsatz für liberale Rahmenbedingungen in einem schwierigen Umfeld, inkl. zwei Frankenstärke-Krisen; Lancierung als Schirmherr der privaten Swiss Entrepreneurs Foundation mit 500-Millionen-Franken-Fonds für Start-ups; zwei Massnah-

menpläne zur administrativen Entlastung grösstenteils umgesetzt; Vereinfachungen bei der Arbeitszeiterfassung; mit seinem Engagement damit beigetragen zur hervorragenden Situation der Schweiz: tiefe Arbeitslosigkeit, hohe Beschäftigung, hohe Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Förderung inländischer Fachkräfte z. B. mit Masterplan Pflegeberufe.

• **Patron der Berufsbildung:** Überzeugter Promoter der Berufslehre im In- und Ausland; trotz Akademisierungstendenzen die Quote von zwei

Drittel aller Jugendlichen in der Berufslehre gehalten; SwissSkills ins Leben gerufen; Werbung für die Berufslehre auch im Ausland (z. B. Zusammenarbeit mit den USA); Stärkung höhere Berufsbildung.

• **Bildungs-, Forschungs- und Innovationsminister mit Durchschlagskraft:** Vollassoziierung Horizon2020 gesichert; Zusammenführung aller Bildungsthemen auf Bundesebene ins neue SBFI; Weiterbildung Geringqualifizierte gestärkt; Realisierung des Projekts «Innovationspark Schweiz»; Gründung Innosuisse (Nachfolgeorganisation KTI); Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz geschaffen.

• **Fürsprecher für die gelebte Sozialpartnerschaft:** Verfechter des Dialogs zwischen Arbeitge-



Beste Bildungsmöglichkeiten für die zukünftigen Generationen liegen Johann Schneider-Ammann besonders am Herzen.

ber und Arbeitnehmer und damit Grundlage für Arbeitsfrieden als bedeutender Standortvorteil; GAV statt starre Gesetze; Bekämpfer von mehr Regulierung im Arbeitsmarkt (z. B. 1:12-Initiative, Ausbau Kündigungsschutz).

• **Sieger in Volksabstimmungen:** 8 von 9 Abstimmungen gewonnen, u. a. Mindestlohn, 1:12, Liberalisierung Tankstellen, Stipendien, Nahrungsmittelspekulation, Ernährungssicherheit und -souveränität.

• **Reformator der Landwirtschaft:** Mit AP14–17 erfolgreiche Weichenstellung für stärkere Ausrichtung auf Markt und Verfassung; bot als erster Landwirtschaftsminister seit Jahren den Bauern die Stirn und bleibt auf Öffnungskurs.

«Hannes Schneider-Ammann hat sehr viel für den Fortschritt unseres Landes gemacht und die Grundwerte der FDP hervorragend vertreten. Lieber Hannes – vielen, vielen Dank für Deinen grossen Einsatz für unsere Schweiz!» Petra Güssi

Kompetenz, Konkordanz, Kollegialität

Der Weg zur Bundesratsersatzwahl

Die FDP verfügt über hervorragend qualifizierte Personen auf allen politischen Ebenen. Wie aber wird entschieden, wer im Bundesrat an die Stelle von Johann Schneider-Ammann treten wird? Was Sie über den Weg hin zur neuen Bundesrätin oder zum neuen Bundesrat wissen müssen.

Die geeignete Person ist glaubwürdig, medial gewandt und in der Bevölkerung verankert. Sie ist zudem durchsetzungsfähig und legt trotzdem Wert auf eine konsensorientierte Politik: Für die Suche nach der idealen Nachfolge von Bundesrat Schneider-Ammann hat die FDP ein klares Anforderungsprofil definiert. Die Kantone und die der FDP nahestehenden Organisationen waren eingeladen, Kandidierende mit einwandfreiem Leumund und umfassendem Leistungsausweis vorzuschlagen, welche ihr Engagement für die FDP seit Jahren unter Beweis stellen.

Im Mittelpunkt des gesamten Nominationsprozesses stehen immer die bewährten drei «K»: Kompetenz, Konkordanz und Kollegialität. Sie sind die zentralen Voraussetzungen für eine Wahl. Nachdem die Kantone ihre Kandidatinnen und Kandidaten nun definiert haben, werden Regierungsrat Christian Amsler, Ständerätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hans Wicki von der eingesetzten Prüfungskommission in Augenschein genommen. Sie überprüft die Kandidierenden und stellt einen einwandfreien Leumund im politischen, beruflichen und privaten Leben sicher.

Kommen Sie vorbei!

Die potenziellen Nachfolger von Bundesrat Schneider-Ammann werden aber nicht nur hinter verschlossenen Türen geprüft: Die Kandidierenden können sich auch an verschiedenen Roadshows der Öffentlichkeit präsentieren (Termine siehe unten). Für Interessierte ist das die ideale Gelegenheit, sich selber ein Bild zu machen, ihnen Fragen zu stellen.

Die Fraktion wird schliesslich am 16. November die Nomination des «Tickets» vornehmen: Die dort getroffene Auswahl stellt sich zuerst den Hearings der verschiedenen Fraktionen und schliesslich der Wahl am 5. Dezember.

Zeitplan

12. und 14. November
Roadshows

Vorsessionale Fraktionssitzung: Anhörung der Kandidierenden und Definieren des Tickets

27. November und 4. Dezember
Hearings bei den anderen Fraktionen

5. Dezember
Bundesratsersatzwahl

12. Januar
Delegiertenversammlung; Verabschiedung BR Johann Schneider-Ammann

FDP
Die Liberalen

Lernen Sie unsere Bundesrats-Kandidaten kennen.
Gemeinsam weiterkommen.

www.fdp.ch
Twitter Facebook Instagram LinkedIn

12. Nov.
19:30 Uhr
Kongresshaus
Liebestrasse,
Winterthur

14. Nov.
18:30 Uhr
salle Aula Magna
du Château,
Yverdon

Christian Amsler

Karin Keller-Sutter

Hans Wicki



Engagierte Exekutivarbeit

Bundesratskandidat Christian Amsler

Es ist eine seltene Chance für Schaffhausen: Mit Regierungspräsident Christian Amsler könnte der Kanton ganz im Norden der Schweiz erstmals einen Bundesrat stellen. Mit Amsler wurde von der FDP Schaffhausen denn auch ein sehr versierter, vielseitiger und erfahrener Exekutivpolitiker zum Bundesratskandidat nominiert.

Die FDP des Kantons Schaffhausen freut sich sehr, mit dem Schaffhauser Regierungspräsidenten Christian Amsler offiziell in die Bundesratswahlen einsteigen zu dürfen. Es ist für den Kanton ennet dem Rhein eine historische Chance: Schaffhausen konnte noch nie in der Geschichte der Eidgenossenschaft einen Bundesrat stellen!

Mit dem 54-jährigen FDP-Regierungsrat Christian Amsler verfügen die Schaffhauser Freisinnigen über einen versierten, vielseitigen und erfahrenen Exekutivpolitiker. Seit 2010 ist Christian Amsler Mitglied der Schaffhauser Regierung und steht dem Bildungsdepartement mit den Bereichen Bildung, Sport, Kultur, Kirchenwesen, Familie und Jugend, sowie Aussenbeziehungen vor.

Ausgezeichnetes Netzwerk

Neun Jahre lang war er Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde Stetten und acht Jahre Kantonsrat, Fraktionspräsident der FDP-JF-CVP-Fraktion und vor seiner Wahl in die Regierung auf der Präsidentenlaufbahn als 2. Vizepräsident des Schaffhauser Kantonsrates. 2018 präsidiert er nach 2014 zum zweiten Mal die Schaffhauser Regierung. Regie-

rungsrat Christian Amsler verfügt über ein ausgezeichnetes nationales Netzwerk, war er doch unter anderem vier Jahre Präsident der Konferenz der Erziehungsdirektoren der Deutschschweiz, aktuell Schaffhauser Vertreter in der Konferenz der Kantone KdK und Vorstandsmitglied der ch-Stiftung.

Christian Amsler war vor seinem Eintritt in die Schaffhauser Kantonsregierung Prorektor der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen. Der ausgebildete Lehrer und Schulleiter ist verheiratet mit Liliane Amsler-Baltiswiler und Vater von drei erwachsenen Kindern. Im Militär bekleidete er den Rang eines Obersten und war Mitglied im Zentralvorstand der SOG und Präsident der KOG Schaffhausen.

Zeitfenster stimmt

Der vielfältige Erfahrungsschatz macht Christian Amsler zu einem glaubwürdigen Kandidaten für den Bundesrat – Schaffhausen muss sich nicht verstecken. Auch das Zeitfenster stimmt: Die drei Kinder sind erwachsen und stehen gestärkt im Leben, und mit Freude steht ihr Vater im neunten Jahr als Schaffhauser Regierungsrat. Der Entscheid zur Kandidatur war denn auch wohlüberlegt.

Steckbrief

Bürger von Schaffhausen SH und Schinznach Dorf AG, Wohnhaft in Stetten SH
Verheiratet mit Liliane Amsler-Baltiswiler, Lehrerin, Familienfrau; Vater von drei erwachsenen Kindern: Tochter Selina 1992 (Jungfreisinnige), Sohn Florian 1993, Sohn Ueli 1995

Beruf vor der Wahl in Regierungsrat

Prorektor Weiterbildung und Dienstleistungen
Pädagogische Hochschule Schaffhausen PHS

Politik

- 1987–1993: Präsident der Liberalen Vereinigung Stetten
- 2000–2009: Gemeindepräsident von Stetten SH; Mitglied Kantonalvorstand, Vizepräsident FDP Kanton SH
- 2003–2010: Kantonsrat, Fraktionspräsident, 2. Vizepräsident
- Seit 2010: Regierungsrat, Vorsteher des Erziehungsdepartementes mit Bildung, Kultur, Sport, Aussenbeziehungen, Familien- und Jugendpolitik und Kirchen
- 2013–2016: Präsident Deutschschweizer Konferenz der Erziehungsdirektoren und Aufsichtsrat der Interkantonalen Lehrmittelzentrale; Präsident der Internationalen Bodenseekonferenz (2018), der Hochrheinkommission (2017 und 2018) und des Vereins Agglomeration Schaffhausen VAS
- 2014/2018: Regierungspräsident

Militär

- Oberst ausser Dienst (aD)
- 1993–1997: Mitglied im Zentralvorstand der Schweiz. Offiziersgesellschaft
- 1993–1998: Präsident der Kantonalen Offiziersgesellschaft Schaffhausen

Ein Brückenbauer

Christian Amsler steht für eine FDP des Brückenbauens, der gesellschaftlichen Fragen, der Kinder und Jugendlichen, der Familie, der Bildung, der Umweltfragen. Ihm ist es ein wichtiges Anliegen, zu zeigen, dass die FDP viel mehr umfasst als nur Fragen der Finanzen, der Steuern und der Wirtschaft, wie der FDP immer wieder vorgeworfen wird. Der Vollblutpolitiker leistet Tag für Tag mit Herz engagierte Exekutivarbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger.

Marcel Sonderegger

Präsident FDP.Die Liberalen Schaffhausen



«Mich in den Dienst des Landes stellen»

Bundesratskandidatin Karin Keller-Sutter

Karin Keller-Sutter wurde von ihrer Kantonalpartei einstimmig als Bundesratskandidatin nominiert. Die 54-jährige Ständeratspräsidentin bringt die nötige Kompetenz und Erfahrung für das höchste Amt mit. Ihr klarer innerer Kompass ist ein Garant für eine freisinnig-liberale Politik zu Gunsten des ganzen Landes.

Am 20. Oktober nominierten über 300 St.Galler Freisinnige Karin Keller-Sutter als Bundesratskandidatin zu Händen der FDP.Die Liberalen Schweiz. In seiner Rede unterstrich der St.Galler Kantonalpräsident Raphael Frei Folgendes: «Bei Karin Keller-Sutter geht es nicht primär darum, dass sie aus der Ostschweiz stammt. Es geht auch nicht darum, dass sie eine Frau ist. Es geht alleine darum, dass sie überaus kompetent, erfahren, dossierfest, vernetzt und lösungsorientiert ist.»

Eindrücklicher Werdegang

Keller-Sutter wurde am 22. Dezember 1963 geboren und wuchs in einer Gewerbefamilie auf. Sie durchlief einen reichhaltigen Bildungsweg mit Studien in Zürich, London und Montréal und war bis zu ihrer Wahl in die St.Galler Regierung im Jahr 2000 als selbstständige Übersetzerin, Konferenzdolmetscherin und Lehrbeauftragte tätig. Heute führt sie verschiedene Mandate in der Privatwirtschaft aus. Unter anderem ist sie Verwaltungsrätin der börsenkotierten Baloise Group. 1992 wurde sie in den Gemeinderat der Stadt Wil und 1996 in den

Kantonsrat gewählt. In ihrer späteren Funktion als Regierungsrätin war sie insgesamt zwei Mal Regierungspräsidentin. 2011 wurde sie in den Ständerat gewählt, den sie 2017/2018 auch präsidiert.

Gut vernetzt in der Wirtschaft

«Keller-Sutter bringt neben ihrem politischen Rucksack auch eine langjährige Erfahrung aus der Wirtschaft mit. Dies ist angesichts der aktuellen Ausgangslage umso relevanter. Denn nach dem Rücktritt von Bundesrat Schneider-Ammann fehlt die Sicht der Wirtschaft im Bundesrat grösstenteils», sagte Nationalrat Marcel Dobler und hielt weiter fest: «Nie hat sie aber den Blick für das Gesamte verloren, weshalb sie im Parlament in vielen wichtigen Dossiers zu mehrheitsfähigen Kompromissen beigetragen hat.»

«Freiheit vor Gleichheit»

Karin Keller-Sutter hat einen starken liberalen Kompass. Ihre politischen Grundüberzeugungen zur Beurteilung politischer Fragen fasst sie jeweils wie folgt zusammen: «Privat vor Staat», «Erwirt-

Steckbrief

Geboren am 22. Dezember 1963
Verheiratet, wohnhaft in Wil SG

Ausbildung und Beruf

1970–1982: Schulen in Wil und Neuchâtel
1982–1983: Studienaufenthalt in London
1984–1989: Studium als dipl. Übersetzerin und dipl. Konferenzdolmetscherin, Zürich
1986–1987: Ein Semester Politikwissenschaft an der Université de Montréal, Kanada
1994–1996: Nachdiplomstudium in Pädagogik, Universität Fribourg
1989–2000: selbstständige dipl. Übersetzerin/dipl. Konferenzdolmetscherin sowie Lehrbeauftragte an den Berufsschulen St. Gallen

Politische Stationen

1992–2000: Gemeinderätin Wil
1997: Präsidentin Stadtparlament Wil
1995–2000: Vorstand kantonalen Gewerbeverband St. Gallen
1996–2000: Kantonsrätin
1997–2000: Präsidentin der FDP des Kantons St. Gallen
2000–2012: Regierungsrätin des Kantons St. Gallen (Sicherheits- und Justizdepartement), stellvertretende Finanzdirektorin
2006/2007: Regierungspräsidentin
2011/2012: des Kantons St. Gallen
2010–2012: Vertreterin St. Gallens in der Konferenz der Kantonsregierungen
2010–2012: Präsidentin der KKJPD
Seit 2011: Ständerätin Kanton St. Gallen
2017/18: Ständeratspräsidentin

schaften vor Verteilen» sowie «Freiheit vor Gleichheit». Dieser Kompass hindert sie aber nicht daran, gemeinsam mit anderen Lösungen im Sinne der Sache zu suchen. Die Schweiz steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Wenn Stärken nicht nur bewahrt, sondern auch ausgebaut und tragfähige Lösungen angestrebt werden sollen, braucht es Menschen im Bundesrat, welche die Interessen der Schweiz über alle anderen Interessen stellen. Dazu ist Keller-Sutter bereit: «Es wäre mir eine grosse Ehre und Freude, mich für unser Land in dieser verantwortungsvollen Position einzusetzen. Ich bin bereit, mich vorbehaltlos in den Dienst unseres Landes zu stellen.»

Christoph Graf

Geschäftsführer und Fraktionssekretär FDP SG



Ein Freisinniger durch und durch

Bundesratskandidat Hans Wicki

Ein Macher will es wissen: Der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki (54) möchte in den Bundesrat. Wer ist dieser Mann, der dem Urschweizer Kanton erstmals zu einem Bundesratssitz verhelfen kann?

Hans Wicki ist ein Winnertyp. Wenn er etwas anpackt, dann richtig. Fast immer führt diese Zielstrebigkeit auch zum Erfolg. Das hat der Hergiswiler Politiker und Unternehmer schon mannigfaltig bewiesen. Diese Eigenschaften haben wohl auch mit dem sportlichen Hintergrund zu tun: Seine Frau Monika Wicki-Hess (54) stammt aus der Skifahrerinnen-Dynastie Hess. Monika ist die jüngere Cousine der legendären Seriensiegerin Erika Hess und war ebenfalls eine Spitzenfaherin – mit immerhin einem Weltcup-Sieg.

Ein grosser Rucksack

Hans Wicki bringt einen attraktiven Rucksack mit ins Rennen um die Nachfolge des höchst verdienten FDP-Bundesrates Johann Schneider-Ammann. Nicht einfach einen normalen Tagesausflugsrucksack, sondern einen dreiteiligen Expeditionsrucksack. Ein seltenes Exemplar!

Im ersten Fach steckt seine legislative Erfahrung als Nidwaldner Ständerat – mit einem kantigen,

liberalen Profil. Im zweiten Fach ist seine langjährige Exekutiv-Erfahrung untergebracht – als Hergiswiler Gemeindepräsident sowie als Nidwaldner Regierungsrat und Baudirektor. Im dritten Fach blickt er auch noch auf eine anspruchsvolle unternehmerische Tätigkeit im In- und Ausland zurück. Hans Wicki weiss, was es heisst, jeden Tag für die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen zu müssen.

Freisinniger durch und durch

Dabei ist er geblieben, was er immer war: Ein Freisinniger durch und durch. Er besitzt die notwendige Kraft, das liberale Gedankengut in den Bundesrat zu tragen: Hans Wicki setzt sich ein für optimale Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wohlstandes und stärkere Eigenverantwortung, weil die unabdingbar ist für mehr Wettbewerb und gesunde Finanzen. Er steht für eine nachhaltige Sicherung der Sozialwerke und kämpft gegen jegliche Art von Etatismus, der die weltweite Spitzenposition unse-

Steckbrief

Wohnort: Hergiswil NW
Geburtsdatum: 18. Februar 1964
Familie: Verheiratet, 2 Kinder
Erlerner Beruf: Lic. oec. publ.

Berufliche Stationen

1987–1990: Migrosbank Zürich
1990–1992: UBS Zürich
1998–2000: Schindler Management AG, Hergiswil
2000–2010: PFISTERER-Gesellschaften
VR-Mandate: PFISTERER, Robertson Associates AG, Bergbahnen Engelberg-Trübsee-Titlis AG, Schurter Holding AG, Schindler Aufzüge AG, Auto Holding AG
2016–: PERSPEKT GmbH, Geschäftsführer und Inhaber

Politische Stationen

2000–2006: Gemeinderat Hergiswil
2006–2010: Gemeindepräsident Hergiswil
2010–2016: Regierungsrat des Kantons NW, Baudirektor; Landammann 2015/2016
2015–: Ständerat des Kantons Nidwalden; Mitglied in Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Sicherheitspolitische Kommission; Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

rer Wirtschaft gefährdet. Hans Wicki sagt es so: «Wir müssen wieder lernen, für die kommenden Generationen Politik zu machen.»

Urschweiz stellte erst einen Bundesrat

Der Nidwaldner Ständerat möchte, sollte er aufs Ticket der FDP kommen und gewählt werden, auch für den Erhalt unseres föderalistischen Staatsaufbaus kämpfen.

Dazu gehört für Hans Wicki auch eine ausgewogene Vertretung der Regionen und Kantone in der Landesregierung. Und da hat er allen Grund zu kandidieren. Ausgerechnet die Urschweiz, das Kernstück der Eidgenossenschaft, stellte mit Ludwig von Moos aus Obwalden in der 170-jährigen Geschichte des modernen Bundesstaates gerade mal einen Bundesrat. «Eigentlich ein Unding – die Zeit ist überreif für Nidwalden!», meint auch Parteipräsident Stefan Bosshard.

Stefan Bosshard

Präsident der FDP. Die Liberalen Nidwalden und Mitglied der FDP Fraktion im Landrat



Damit dein Job nicht auswandert

Standortattraktivität der Schweiz nicht gefährden

Die Schweiz ist ein Hort von Stabilität und Rechtssicherheit. Was vereinbart wird, das wird gehalten. Das wissen auch zahllose Unternehmen aus aller Welt zu schätzen und ziehen nicht zuletzt deswegen in die Schweiz. Die «Selbstbestimmungs»-Initiative würde aber genau diese Stabilität und Rechtssicherheit gefährden – unsere Jobs würden auswandern.

Mit ihrem hohen Beschäftigungsgrad, hochqualifizierten Arbeitsstellen und einem international unvergleichlichen Bildungssystem bietet die Schweiz jungen Menschen eine bemerkenswerte Ausgangslage, wenn es um die Karriereplanung geht. Innovation und Forschung werden grossgeschrieben und viele Investitionen in die Zukunft getätigt. Internationale Firmen und Organisationen entscheiden sich für den Standort Schweiz wegen ihres stabilen Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft. Wesentlich aber auch das wirtschaftliche Verhältnis mit der EU, welche die Schweiz durch den bilateralen Weg bestens sichert. Rechtsunsicherheit darf in diesem System allerdings keinen Platz finden. Denn Rechtsunsicherheit ist die Antithese zu all dem, was die Schweiz heute grundsätzlich auszeichnet. Die «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) würde aber genau dazu führen und hätte somit unmittelbar negative Folgen auf den Arbeitsmarkt. Unsere Traumjobs könnten plötzlich

in ein anderes Land auswandern, die Initiative würde zum veritablen Jobkiller.

SBI als Jobkiller

Stellen Sie sich vor, Ihr Traumjob ist Arzt. Sie haben das Studium erfolgreich beendet und sind auf bestem Weg. Natürlich kennen Sie die Lehrbücher und wissen, in welchem Fall was zu tun ist. Und Sie wissen auch, wie wichtig das Vertrauensverhältnis zum Patienten und das Berücksichtigen der medizinischen Leitlinien ist. Trotzdem fangen Sie bei Operationen dann aber an, die klaren Leitlinien des Lehrbuches zu verlassen. Sie schnipseln mal hier, mal dort herum – durch Ihre Experimente verletzen Sie nicht nur die Sorgfaltspflicht, sondern auch das Vertrauen des Patienten, und Sie bringen ihn in grosse Gefahr. Kurz: Sie tun das Gegenteil dessen, was Ihre eigentliche Aufgabe und Stärke wäre.

Womöglich kostet Sie eine solche Aktion den Job. Mit grosser Sicherheit gefährden Sie Ihren

Traumjob aber auch bei der Zustimmung zur SBI: Wir würden nämlich wichtige und typisch schweizerische Stärken leichtfertig aufs Spiel setzen.

Schweizer Stärken aufgeben?

Die Jungfreisinnigen werden bis zur Abstimmung mit verschiedenen Videoclips Alltagssituationen aufnehmen, wo Menschen ihren Traumjob gefährden – um so darauf hinzuweisen, dass ein Ja zur «Selbstbestimmungs»-Initiative der sichere Jobkiller wäre. Die Initiative war in der Vergangenheit vor allem in juristischen Kreisen stark umstritten – wurde sie ja auch von einem Juristen entworfen. Die politische Diskussion war von technischen Begriffen geprägt, was die komplexe Verflechtung von internationalen Verträgen mit Schweizer Recht nicht verständlicher macht. Deshalb reduzieren wir Jungfreisinnigen unsere Kampagne auf ein Wort: Jobs.

Vernetzung als Standortvorteil

Unsere Weltoffenheit und Vernetzung ist ein wichtiger Standortvorteil und sorgt dafür, dass Talente von überall her in die Schweiz kommen, um in spezialisierten Berufen Wertschöpfung zu generieren. Diese Trümpfe sind auch verantwortlich dafür, dass grosse Unternehmen sich in der Schweiz niederlassen und hier erfolgreich sein können. Diese Unternehmen bieten Tausende Lehrstellen und Hochschulpraktika an, die den jungen Generationen wiederum einen optimalen Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Rechtsunsicherheit und instabile Beziehungen zum Ausland sind schlechte Voraussetzungen für unsere Wirtschaft. Niemand investiert gerne bei unsicherem Wirtschaftsklima. Und Abschottung von ausländischen Märkten ist ebenfalls ein schlechter Nährboden für einen sicheren Jobmarkt. Diesen gilt es jedoch im Interesse der Schweiz und auch von uns Jungen zu verteidigen. Die Rechtsunsicherheit kommt Hand in Hand mit der «Selbstbestimmungs»-Initiative. Wir Schweizer bezeichnen uns gerne als vertrauenswürdig und zuverlässig. Der Versuch der SVP, diese urschweizerischen Charaktereigenschaften zu untergraben, gehört vom Volk klar abgelehnt.

Maja Freiermuth, Generalsekretärin
Andri Silberschmidt, Präsident





Minderheitenschutz nicht aufs Spiel setzen

Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative

Am 25. November 2018 gelangt die «Selbstbestimmungs»-Initiative der SVP zur Abstimmung. Aus Sicht von RADIGAL als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen ist die Initiative abzulehnen. Würde die Schweiz damit doch ein negatives Signal an all jene Staaten aussenden, die den Minderheitenschutz nicht ernst nehmen.

Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle sind eine gesellschaftliche Minderheit. In vielen Ländern der Welt werden sie deshalb nach wie vor diskriminiert, in manchen droht ihnen sogar die Todesstrafe. Ob sie als Minderheit nicht diskriminiert, toleriert oder vielleicht sogar akzeptiert werden, hängt massgeblich von der Mehrheit ab. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) bildet eine wichtige Grundlage für den Schutz von Minderheiten gegenüber der Mehrheit. Die «Selbstbestimmungs»-Initiative stellt einen Frontalangriff auf die EMRK und damit auf diesen Schutz in der Schweiz dar.

Negative Signalwirkung

In der Schweiz, welche die EMRK am 28. Novem-

ber 1974 ratifiziert hat, wird der Minderheitenschutz sehr ernst genommen. Unter den 47 Unterzeichnerstaaten zählt sie zu den Musterschülern. Die Initiantinnen und Initianten der «Selbstbestimmungs»-Initiative verlangen nun, dass völkerrechtliche Verträge wie beispielsweise die EMRK keine Wirkung mehr entfalten, sollten sie mit Schweizer Recht im Widerspruch stehen. Im Falle einer Annahme müsste über kurz oder lang mit der Kündigung der EMRK gerechnet werden. Hiermit würde die Schweiz als Musterschülerin in Sachen Minderheitenschutz ein negatives Signal aussenden.

Wichtige Urteile zugunsten von Minderheiten

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verleiht der EMRK Nachdruck, notfalls

«Im Falle einer Annahme der SBI müsste mit der Kündigung der EMRK gerechnet werden.»

auch gegenüber anderslautendem nationalem Recht. Je nachdem mit mehr oder weniger Erfolg. Ungeachtet dessen haben Urteile des EGMR die Situation von LGBTI nachweislich verbessert. So musste das Vereinigte Königreich homosexuelle Handlungen entkriminalisieren, Russland, Polen, Georgien und Moldawien wurden dazu aufgefordert, Demonstrationen gegen Homophobie zu erlauben und Italien dazu, gleichgeschlechtliche Partnerschaften anzuerkennen. Im EGMR jeweils mit einer Richterin oder einem Richter vertreten, hat die Schweiz hierzu einen wichtigen Beitrag zur



Michael Lindenmann

Stärkung des Minderheitenschutzes geleistet. Damit dies so bleibt, braucht es auch Sicht von RADIGAL als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen am 25. November 2018 ein klares NEIN zur «Selbstbestimmungs»-Initiative.

Michael Lindenmann
Vorstandsmitglied RADIGAL

Was ist RADIGAL?

RADIGAL setzt sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Wir haben uns die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht zum Ziel gesetzt. RADIGAL ist der Ansprechpartner der FDP und der Jungfreisinnigen für Fragen rund um das Thema LGBTI. Weitere Informationen, Positionspapiere und eine Imagebroschüre auf Deutsch und Französisch finden sich auf unserer neuen Webseite www.radigal.ch.

Die drei Eidgenossen im Bundeshaus.



Die Eidbrecher

Warum die SBI das Gegenteil von eidgenössisch ist

Dem deutschen Romantiker Friedrich Schiller verdanken wir bekanntermassen den Schweizer Gründungsmythos. Im Tell lässt er die drei Eidgenossen auf dem Rütli schwören: «Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.» Zum Glück für die Schweiz gab es damals noch keine SVP.

Stellen wir uns vor, anstelle der ehrhaften Ur-schweizer, die sich gegenseitig auf ihr Wort verlassen konnten, hätte der Vogt, also der SVP-Nationalrat Vogt, gestanden. Mitsamt seiner «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) im Gepäck. Der Eid wäre schlicht nicht zu Stande gekommen! Und mit ihm kein Schweizer Volk. Denn wer würde sich schon auf jemanden verlassen, der sich explizit herausnimmt, dann vielleicht doch nicht zu seinem Wort zu stehen. Schiller hätte umschreiben müssen: «Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern – freilich ausser in der Not des Widerspruchs mit der Verfassung unserer Stände und der Gefahr schwammig formulierter Volksinitiativen.»

Pacta sunt servanda

Was damals für die Eidgenossen galt, gilt auch heute für die Schweiz in einer globalisierten Welt. «Pacta sunt servanda» – «Verträge sind einzuhalten» lautet der Grundsatz der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den Staaten dieser Welt. Er bringt nichts anderes zum Ausdruck als die gegen-

seitige Verlässlichkeit, auf welcher bereits der Eid im Nationalmythos beruhte. Genau diese Verlässlichkeit schafft Stabilität und Rechtssicherheit in der Welt. Die SBI hingegen atmet den typischen SVP-Geist der Selbstüberschätzung und Abschottung. Sie will der Welt einfach mal den Tarif durchgeben und Landesrecht grundsätzlich über Völkerrecht und damit über all die unzähligen Abkommen stellen, welche die Beziehungen der Schweiz zur Welt regeln. Gerade in Zeiten, in denen die Trumps dieser Welt in der globalen, auf Verträgen aufgebauten Friedens- und Wohlstandsarchitektur wie Elefanten im Porzellanladen umherirren, wäre dies ein völlig falsches Ausrufezeichen.

Recht vor Macht

Für den vernetzten Kleinstaat Schweiz ist es geradezu töricht. Denn insbesondere für Kleinstaaten ist der Grundsatz «Recht vor Macht» in den internationalen Beziehungen wichtig – sie würden nämlich im Kräftemessen der grossen Wirtschafts- und Militärmächte stets den Kürzeren ziehen. Auf die



Exportnation Schweiz, welche 70 Prozent ihrer Erträge direkt oder indirekt im Handel erwirtschaftet, trifft dies nochmals in besonderem Mass zu. Rund 600 Verträge wären betroffen, die meisten von ihnen sehr technisch und daher nie durch eine Volksabstimmung legitimiert, wie es die Initiative vorschreiben will.

Undemokratischer Automatismus

Es würde aber auch die Demokratie selbst leiden. Die Initiative verlangt in letzter Konsequenz nämlich einen Kündigungsautomatismus: Künden, ohne dass das Volk dazu Stellung nehmen könnte! Genau diese Möglichkeit besteht nämlich heute. Beispiel Masseneinwanderungs-Initiative: Das



Roger Kölbener: «Die SBI atmet den typischen SVP-Geist der Selbstüberschätzung und Abschottung.»

Parlament hat diese widersprüchliche und schludrig formulierte SVP-Initiative so umgesetzt, dass auch anderen Volksentscheiden Rechnung getragen wird, insbesondere den bilateralen Verträgen mit der EU. Nichts und niemand hat die SVP daran gehindert, dagegen ein Referendum zu ergreifen – ausser ihre eigene Angst vor dem Fiasko an der Urne. In einer direkten Demokratie kann das Volk stets das letzte Wort zu den Verträgen verlangen, welche die Schweiz abschliesst. Die Initiative löst daher kein einziges Problem und bringt keine Verbesserung. Sie bringt nur Rechtsunsicherheit und schadet der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit einer international vernetzten Schweiz. Die drei Eidgenossen haben ihr NEIN dazu bereits 1291 eingeworfen.

Roger Kölbener
Präsident FDP International



Für eine liberale Städtepolitik

FDP Urban Summit

Starke liberale Präsenz und Tatendrang trotz rot-grüner Dominanz: So präsentiert sich das freisinnige Stimmungsbild in den Städten vor dem ersten FDP Urban Summit im Januar 2019 und den Folgeevents in den grossen Städten.

Die FDP-Stadtparteien sind im Aufbruch. Nach der FDP-Urban-Lancierung im März trafen sich Anfang Oktober Parteipräsidien und Regierungsmitglieder aus den grossen Städten im Bundeshaus. Im Zentrum der Gespräche standen die Ergebnisse der Interviews mit Freisinnigen aus allen Städten, die

in den letzten Monaten geführt wurden. Aber natürlich waren auch alle gespannt auf das FDP Urban Programm der nächsten Monate: den FDP Urban Summit im Januar und die geplanten Aktivitäten zur Verankerung von FDP Urban in den Städten.

Das liberale Stimmungsbild

Damit man etwas verändern kann, braucht es eine Bestandesaufnahme: Was läuft gut, was läuft schlecht? Worauf können wir aufbauen, und woran müssen wir arbeiten? Dazu hat FDP Urban in den letzten Monaten mit den Parteipräsidien und Exekutivmitgliedern der grossen Schweizer Städte strukturierte Interviews geführt. Resultat: Das Werteverständnis in den Städten ist liberal, homogen und stabil. Auftritt und Sprache der FDP in den Städten ist klar urban. Und alle Exponenten sind voller Tatendrang. FDP Urban soll es nun möglich machen, sich unter den Städten besser auszutauschen und bei Initiativen und Vorstössen zu wichtigen Themen mehr zu kooperieren.

Die Interviews dienten zusätzlich dazu, die FDP Urban-Kernthemen «urbanes Wohnen», «Mobilität der Zukunft», «kreativ-produktive Stadt» sowie «Smart City/Smart Government» zu bestätigen und Erfolgsgeschichten dazu aus den Städten abzuholen – die es zuhauf gibt! Daneben wurden auch

FDP Urban Summit

weitere Themen wie Finanzen, Kultur und Integration aufgenommen – auch dort braucht es dringend eine liberale Handschrift.

Der erste FDP Urban Summit

Am 26. Januar findet der erste FDP Urban Summit an einem innovativen und kreativen Ort mitten in der Stadt Zürich statt. Ideal für unsere freisinnigen Regierungsmitglieder, um ihre liberalen Erfolgsgeschichten aus den Städten persönlich zu präsentieren. Anschliessend werden in Workshops zu den vier Kernthemen konkrete Ideen für eine liberale



Beat Habegger

Stadtpolitik entwickelt. Neben Freisinnigen sollen auch Externe ihre Inputs in die Workshops einbringen: Unternehmer, Start-ups, Mitglieder von «Digital Switzerland» etc. Denn wer neue Impulse erhalten und erfolgreiche Projekte lancieren will, braucht auch eine Aussensicht.

Projekte umsetzen – in den Städten!

Für jede am Summit lancierte Idee wollen wir einen Entscheidungsträger aus der FDP gewinnen, der oder die das Projekt weiterführt und umsetzt. Während des ganzen Jahres sollen Aktivitäten und Anlässe in allen grossen Städten stattfinden. Alle Freisinnigen können so FDP Urban mitgestalten und zur Verankerung in unseren Städten – und den Köpfen der städtischen Bevölkerung – beitragen. Damit will FDP Urban den Städten eine starke liberale Stimme geben und damit auch zu unserem gemeinsamen Wahlerfolg 2019 beisteuern!

Beat Habegger
Kantonsrat, Vizepräsident FDP Stadt Zürich

Erster FDP Urban Summit 2019

26.1.2019 in Zürich: Machen auch Sie mit!

Zum ersten FDP Urban Summit sind führende Vertreterinnen und Vertreter der FDP aus den grossen Schweizer Städten eingeladen – insbesondere Parteipräsidien, Exekutivmitglieder sowie Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Es gibt aber auch freie Plätze für alle FDP-Mitglieder: Ab Mitte Dezember können sich alle Interessierten anmelden und uns kurz mitteilen, warum sie gerne dabei sein möchten. Da die Gesamtteilnehmerzahl auf 120 Personen limitiert ist, wird das OK je nach Anzahl Anmeldungen eine Auswahl treffen müssen. Das Anmeldeformular wird auf der Website von FDP Urban (www.fdp-urban.ch) verfügbar sein.

«Fusion hat den liberalen Pol gestärkt»

Rückblick auf 10 Jahre FDP.Die Liberalen

Vor zehn Jahren fusionierten die Freisinnig-Demokratische Partei und die Liberale Partei der Schweiz. Fulvio Pelli, der erste Parteipräsident nach der Fusion, blickt zurück auf eine Erfolgsgeschichte und nach vorne auf die Zukunft.

Zehn Jahre sind vergangen seit der Fusion zwischen den nationalen Parteien der Liberalen und der Freisinnigen. Die politische Zeit läuft viel schneller als die echte: Die damals fixierten Ziele sind schneller erreicht worden als vorgesehen. Die Fusion ist ein Erfolg. Der liberale Pol ist heute die drittgrösste Partei auf nationaler Ebene, die zweitgrösste in den Städten und die grösste auf kantonaler Ebene.

Eine gemeinsame Vision

Parteipolitisch war es damals das Ziel, die FDP klar

«rechts der Mitte» zu positionieren, wo sich ihre Wählerinnen und Wähler gerne verorten. Es bestand dazu das politische Bedürfnis, einen starken liberalen Pol durch die Zusammenlegung der liberalen Kräfte zu gründen, um wieder die Stärke zu erreichen, die den freisinnig-liberalen Ideen Gehör verschaffen kann. Insbesondere in der deutschen Schweiz war die FDP nach wiederholten Wahlniederlagen in einer schwierigen Situation. Und im Welschland war die Liberale Partei im Sinkflug, mit Verlusten im Stände- und Nationalrat, was zur

Gründung der fusionierten Radikal-Liberalen Fraktion geführt hatte.

Dank einer gemeinsamen Vision seitens der Führung der FDP und der PLS (Claude Ruey, Remy Scheurer, Christine Wirz, Pierre Weiss) und das Zusammenwirken auf Fraktionsebene im nationalen Parlament war der Grundstein gelegt: Es begann die Arbeit in und mit den Kantonalparteien. Zuerst an der Spitze, dann bei den Mitgliedern – insbesondere den Frauen – wuchs die Überzeugung, dass die Fusion eine Erneuerungschance für die liberalen Kräfte war.

Aus der ältesten wird die jüngste Partei

Die zwei ältesten Parteien der Schweiz, die Liberale Partei und die Freisinnig Demokratische Partei, gründeten somit die jüngste Partei unseres Landes. Die jüngste Partei eines Bundesstaates, der nach einer damaligen internationalen Studie der einzige gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreiche, multiethnische Staat ist. Ein starker liberaler Pol war und ist das Ziel, um eine Schweiz zu fördern, die unserer Tradition entspricht und weiterhin erfolgreich bleibt.

Liberale Werte sind so aktuell wie eh und je

Gerade in schwierigen Zeiten sind liberale Werte nötig: Freiheit, Eigenverantwortung, Arbeitsleistung, aber auch Solidarität und Rechtsstaatlichkeit sowie Bescheidenheit und Anstand. Die Agenda der Linken mit ihrer Forderung nach Regulierungsflut und Schuldenwirtschaft führt in die Sackgasse. Zu keinen besseren Ergebnissen führt die Agenda der nicht nur international, sondern auch national wachsenden populistischen Bewegungen, die ständig rechtsstaatlich problematische Volksinitiativen produzieren. Jüngstes Beispiel ist die sogenannte Selbstbestimmungs-Initiative, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und der Minderheiten der Halbdiktatur einer vermuteten Volksmehrheit preisgeben will.

Rückkehr zu den radikalen Wurzeln

Entwickeln wir deshalb die Vorhersage Mark Twains weiter, dass die Revolutionäre des vergangenen Jahrhunderts die Konservativen des heutigen Jahrhunderts sind. 1848 waren wir radikal liberal und damit revolutionär. Im vergangenen Jahrhundert haben wir uns auf unseren Lorbeeren ausgeruht – und verloren. Im neuen Jahrhundert sind wir zu unseren liberal radikalen Wurzeln zurückgekehrt. Kämpfen wir weiter als liberaler Pol, als FDP.Die Liberalen, mit revolutionärem Engagement für die Interessen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und gegen die Konservativen von rechts und links. Das ist mein Wunsch!

Fulvio Pelli

alt Nationalrat TI, alt Parteipräsident



«Liberale Werte sind aktuell wie eh und je»: Fulvio Pelli (rechts) mit Bundesrat Ignazio Cassis (Mitte).

Zukunft der Städte, Digitalisierung und Gesundheitswesen

Studienreise nach Singapur, Jakarta und Bali

Interesse?
Anmeldung
bis 09.12.2018



Foto: CPG Khoo Puat Hospitals, Jonathan Ng Ming En

Die Zukunft liegt in Asien. Wir besichtigen bei dieser geführten Reise erstaunliche Projekte in drei Städten und diskutieren mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, was die Schweiz davon lernen kann. Ihre Reise begleiten:



Dr. Remo Burkhard

Reiseleitung. Initiierte und organisierte die erste STIP Reise im Jahr 2017. Seit 2010 Managing Director des Singapore-ETH Centre.



Doris Fiala, Nationalrätin FDP

Nationalrätin FDP, Die Liberalen und Mitglied der Schweizer Delegation am Europarat. Arbeitet an Lösungen für Entwicklungen der Zukunft.



Prof. Dr. Thomas Schröpfer

Professor und assoziierter Gründungsdekan des Bereichs Architektur und Nachhaltiges Entwerfen an der Singapore University of Technology and Design.



Christoph Lang

Geschäftsführer der Flughafenregion Zürich.

Die Eckdaten im Überblick

Teilnehmende	Min. 12, max. 18 Personen
Preis	CHF 6'450.- (pro Person im EZ), mit Preiszuschlag für Businessklasse.
Reisedatum 1	17.–25.4.2019 Abflug ab Zürich: Mittwoch, 17.4.2019 um 11.45 Uhr Rückkehr in Zürich: Donnerstag 25.4.2019 um 08.15 Uhr
Reisedatum 2	22.–30.5.2019 Abflug ab Zürich: Mittwoch, 22.5.2019 um 11.45 Uhr Rückkehr in Zürich: Donnerstag 30.5.2019 um 08.15 Uhr

Bei zu wenig Anmeldungen wird die Reise nicht oder nur am Datum mit mehr Anmeldungen durchgeführt. Über die Durchführung wird vor Ende 2018 informiert. Sprachen: Deutsch/Englisch.

Individuelle Verlängerung auf Bali möglich.

Kontakt

Reiseinhalt

ETH Singapore
Singapore-ETH Centre
1 CREATE Way #6-01
Singapore, 138602
<http://www.sec.ethz.ch>
Dr. Remo Burkhard
remo.burkhard@sl.ethz.ch

Reiselogistik

Twerenbold Reisen AG
Frau Kathy Malka
groups@twerenbold.ch

Reiselogistik

Twerenbold Reisen AG
Frau Kathy Malka
groups@twerenbold.ch

Anmeldung

groups@twerenbold.ch

Eine von mehreren bewegenden Standing Ovationen für Bundesrat Johann Schneider-Ammann.



Eine liberale Vision für die Schweiz, unsere Heimat

Delegiertenversammlung in Pratteln

Mehr Bilder auf www.fdp.ch

300 Delegierte der FDP. Die Liberalen fanden Ende September den Weg zur vierten und letzten Versammlung des laufenden Jahres. Sie beschlossen einstimmig eine liberale Vision für die Schweiz und ehrten Bundesrat Schneider-Ammann, der nur wenige Tage zuvor seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, mit bewegendem Applaus.

Die Schweiz ist dank langer, harter Arbeit und richtigen Entscheiden heute ein Erfolgsmodell. Dieses Erfolgsmodell zu sichern und in die Zukunft zu tragen, ist die grosse Aufgabe – von uns als Partei, als Freisinnige, als Land. Schliesslich ist die Schweiz unsere Heimat. Die rund 320 Delegierten beschloss am 29. September 2018 in Pratteln BL einstimmig eine liberale Vision mit sieben Zielen für die Schweiz. Im Zentrum dieser Vision steht der Begriff «Heimat». Sie ist die konsequente Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie aus dem Jahr 2015: Sie legt die politischen Grundsätze fest und bildet den inhaltlichen Rahmen für den Wahlkampf 2019. Besuchen Sie die Webseite der FDP, und finden Sie mehr heraus.

Standing Ovationen für einen Politiker und Unternehmer mit enormem Leistungsausweis

Nach acht Jahren im Bundesrat beendet Johann Schneider-Ammann auf Ende 2018 eine aussergewöhnliche politische Karriere als Nationalrat und als Vorsteher des Wirtschafts-, Bildungs- und For-

schungsdepartements. Die FDP bedauert diesen Schritt und dankt ihm ganz herzlich für sein unermüdetes und langjähriges Engagement zum Wohl der Schweiz. Die Delegierten ehrten ihn mit bewegenden Standing Ovationen. Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird an der Delegiertenver-



Nationalrat und Fraktionspräsident Beat Walti präsentierte die Vision der FDP.

sammlung am 12. Januar 2019 in Genf würdig verabschiedet.

Ablehnung der Selbstbestimmungs-Initiative – Ja zur Bekämpfung von Versicherungsbetrug

Gegen Ende der Versammlung beschlossen die Delegierten die Parolen für die nächsten Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2018. Sie sprachen sich mit überwältigender Mehrheit gegen die populistische Selbstbestimmungs-Initiative aus. Zudem unterstützten sie klar die Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG). Die Änderung ermöglicht eine schärfere Bekämpfung von Versicherungsbetrug.



Die Delegierten der FDP sprachen sich klar und deutlich gegen die SBI aus.



«Wir brauchen keine Sonderrechte»

Interview mit Kacem el Ghazzali

Kacem el Ghazzali kam als politischer Flüchtling in die Schweiz und wandelte sich vom Marxisten zum Liberalen. Er ist seit einem Jahr Mitglied der FDP Zürich. Ein Gespräch über die Freiheit, die Linke und den Islam.

Kacem, Sie rufen Marokkaner, die den Ramadan nicht befolgen, dazu auf, in sozialen Medien Bilder von sich selbst beim Essen zu posten. Weshalb? Die Existenz von sexuellen, religiösen oder anderen gesellschaftlichen Minderheiten wurde in Marokko vorher schlicht geleugnet. Auch in der Wahrnehmung vieler Europäer ist die islamische Welt ein homogener Block ohne innerliche Konflikte. Mit solchen Aktionen können wir zeigen, dass Andersdenkende existieren und wahrgenommen werden. Wieso sollte man das Nichteinhalten des Ramadans kriminalisieren? Wieso sollte man sich beim Essen verstecken müssen?

Für Ihren Einsatz für mehr Freiheit mussten Sie teuer bezahlen. Als Schüler engagierte ich mich für die Freiheit und Menschenrechte und schrieb in meinem Blog religionskritische Artikel. Meine Gesell-

schaftskritik kannte keine roten Linien, was viele geärgert hat und mir Todesdrohungen einbrachte. Ich wurde aus der Schule ausgeschlossen, musste mein Dorf verlassen und in Casablanca und Rabat untertauchen. Ein Freund riet mir, aus Marokko zu fliehen, und er sagte mir, es gebe nur ein einziges Land, wo ich bei einer Botschaft Asyl beantragen kann: die der Schweiz.

Zunächst waren Sie wenig begeistert... Ich lachte daher zuerst über diesen Gedanken, denn die Schweiz war für mich als Linker damals eigentlich ein kapitalistisches Feindbild; das Land, das Guevara den «Kopf des kapitalistischen Monsters» nannte. Ich hatte dann aber ein langes Gespräch mit dem Schweizer Botschafter in Marokko und konnte ihm belegen, dass ich Schutz brauche. Ich hatte zunächst dennoch wenig Hoffnung. Nach ein paar

Wochen bekam ich aber einen Brief aus Bern und durfte in die Schweiz kommen.

Sie haben sich in der Schweiz am Anfang nicht immer wohlfühlt – weshalb? Zwischen 2011 und 2013 hatte ich in der Schweiz den Status eines Asylbewerbers; ich hatte keine Chance, einen Deutschkurs zu besuchen oder etwas Nützliches zu machen ausser zu warten und auf Arabisch über die Entwicklungen des Arabischen Frühlings zu schreiben. Der Westen war für mich das Sehnsuchtsland freier Gedanken und der Aufklärung. Ich merkte bald, dass mein Bild zu stark idealisiert war. Als ich hierherkam, war ich viel unterwegs in linken Kreisen. Und es hat mich schockiert, welche Haltungen ich hier antraf – insbesondere die verteidigende Haltung gegenüber dem politischen Islam. Ich fühlte mich dort schnell unwohl.

Warum das? Ich fühlte mich nicht wie ein ebenbürtiges und eigenverantwortliches Individuum behandelt, sondern wie ein Kind, das ständig Schutz und Hilfe braucht und den Gottesdienst mit seiner Kritik nicht stören darf. In solchen Kreisen wird jegliche Kritik an Flüchtlingen bzw. Migranten tabuisiert. Als ich etwa das Problem muslimischer Asylsuchender thematisierte, die andere wegen ihrer Religion oder sexuellen Ausrichtung belästigen, schenkten mir viele Linke kein Gehör. Laut ihrer Logik darf man solche Probleme nicht publik machen. Wenn man dies tut, wird man zu einem Rassisten, der den Rechten Argumente liefert.

Ich erinnere mich auch, wie ich eines Tages zur Sozialhilfestelle ging und sagte: «Ich bin jung, ich will etwas leisten. Bitte helft mir, einen Job zu finden, auch wenn er ehrenamtlich wäre.» Die Antwort war, ich müsse mir keine Gedanken machen. Ich könne problemlos fünf, sechs, gar acht Jahre Sozialhilfe beziehen.

Wann änderte sich Ihre politische Haltung – vom Linken zum Liberalen? Liberal war ich immer. In Marokko waren das Individuum und seine Rechte im Zentrum meines Engagements. Was aber das Wirtschaftliche betrifft, muss ich ein praktisches Beispiel machen: Die Linke in Europa greift internationale Firmen an. Wir Linke in Marokko freuten uns immer, wenn internationale Unternehmen zu uns kamen – sie gaben vielen Menschen Jobs und Perspektiven. In Marokko herrschen aber andere Verhältnisse. Was wir als Linke damals verlangten, ist für Liberale in Europa heute unbestritten – zum Beispiel ein geregeltes Arbeitsrecht. Die Linke hierzulande ist sehr dogmatisch, Kapitalismus ist ihr Feindbild. Die Linke in der muslimischen Welt ist da viel pragmatischer.

Sie würden also die SP nicht wählen? Nein. Die Linke in Europa ist eigentlich rechts geworden.

Kulturkampf-Begriffe der Rechten – Kulturrelativismus, Identitätspolitik – werden zunehmend übernommen. Zwar verdankt Europa seine Errungenschaften teilweise auch der Linken. Aber auf grosse Herausforderungen der Zukunft hat die Linke für mich als jungen Mann keine passenden Antworten: Digitalisierung; Zusammenleben in einer bewusst liberalen Gesellschaft, die ihre Werte verteidigt; realistische Migrationspolitik, Integration und Wertevermittlung, Toleranz und ihre Grenzen. Da sind echt liberale Lösungen für mich alternativlos.

A propos liberal – fehlt es im Islam an einer aufklärerischen Bewegung? Modernisierung und die islamische Welt sind nicht zwingend ein Widerspruch. In der langen Geschichte des Islam gab es immer die Stimmen, die für philosophische Aufklärung einstanden. Die Frage ist: Wieso haben sich diese reformatorischen Strömungen nicht durchgesetzt? Diese hartnäckige Resistenz gegenüber Modernisierung und Aufklärung liegt nicht zuletzt auch im Islam als Religion selbst, und zwar beim politischen Islam. Unsere Probleme damit sind nicht vom Himmel gefallen. Liberale, säkulare Muslime wie Elham Manea, Ahmed Mansour oder Seyran Ates sehen das, üben Selbstkritik und nennen das Kind beim Namen.

Wie kann der Freisinn diese Debatte unterstützen?

Die FDP als Partei könnte säkulare Muslime unterstützen, indem sie die Debatte zurück in die Mitte der Gesellschaft holt. Wir brauchen einen Ausweg aus der Polarisierung von Links und Rechts, es braucht einen liberalen Pol. Bei allen politischen Fragen – von Burka über radikale Imame bis zum Kopftuch in Schulen und den Handschlag – sollten säkulare Muslime in die Diskussion eingebunden werden. Wenn wir Muslime als ebenbürtige Bürger verstehen und behandeln, verstehen wir auch deren Sorgen und Probleme. Dadurch wird die Kritik am Islam zu einer legitimen schweizerischen Angelegenheit. Anstatt als Gesellschaft zu trennen zwischen «Wir und Sie», sollten wir mit den Muslimen als Bürger unseres Landes reden – durch die Verfassung mit ihren Rechten und Pflichten. Das wäre eine vernünftige Herangehensweise.

Sollten jegliche religiösen Symbole aus Schulen verbannt werden? Ich wünschte mir, dass man hier nicht alles in einen Topf wirft. Es gibt religiöse Symbole. Es gibt aber auch Symbole, die als religiöse Symbole angesehen werden und gleichzeitig Werkzeuge von Sexismus und Unterdrückung sind. Ich persönlich bin prinzipiell gegen ein Kreuz in Schulräumen. Aber ich lehne es ab, ein Kreuz mit einem Kopftuch zu vergleichen – Letzteres ist eine spezifische Diskriminierung des Geschlechts.

Zudem: Das Kind ist sprachlich gesehen ein Neutrum, hat kein Geschlecht. Ein Kopftuch sexual-

«Integration misst sich nicht nur an Sprache und Arbeit.»

liert das Kind und verhindert eine normale, neutrale Entfaltung des Kindes. Hier stellt sich die Frage, was wir Liberale höher gewichten: die ideologische Überzeugung der Eltern oder das Recht auf freie Entfaltung des Kindes.

Es gibt auch Frauen, die die Burka aus religiöser Überzeugung tragen. Das mag sein. Mit ihnen habe ich aber wenig Mitleid, denn sie grenzen sich selbst aus. Sie unterstützen eine extreme Ideologie. Und es gibt tatsächlich auch die Frauen, die gezwungen werden, solche Burkis zu tragen. Zwar verbietet das Gesetz die Unterdrückung der Frau. Aber in solchen Gemeinschaften sind Frauen das schwächste Glied. Wie soll man von einer unterdrückten Frau erwarten, dass sie sich wehrt, wenn sie nicht über die Mittel zu Selbstemanzipation und Unabhängigkeit verfügt? Frauen und Mädchen, die den Schleier ablegen, werden oft bedroht, angegriffen

und sozial ausgegrenzt. Ich kenne das auch aus persönlicher Erfahrung.

Es besteht in der Schweiz eine grosse Angst vor Parallelgesellschaften. Moscheen und Imame werden zum Teil aus dem Ausland finanziert. Das ist ein grosses Problem. Insbesondere die Finanzierung von Vereinen oder Moscheen durch Staaten, die systematisch die Menschenrechte verletzen oder sogar terroristische Organisationen unterstützen. Darauf sollte die Politik Antworten finden. Aber auch hier: Mit populistischen Lösungen kommen wir nicht weiter, wir müssen gangbare Kompromisse finden.

Mehrere Kantone tendieren in Richtung Anerkennung des Islam. Könnte das ein Weg sein in Richtung Säkularisierung des Islam und gelungener Integration? Unsere Aufgabe als Liberale ist, die individuelle Freiheit zu stärken und nicht das religiöse Kollektiv. Ich denke nicht, dass man einen Menschen durch die Religion integrieren kann oder muss. Viele Muslime und Andersgläubige in diesem Land haben sich mit Eigenverantwortung erfolgreich integriert.

Der Erfolg von Integration hängt weniger von religiösen denn von Werten der europäischen Moderne ab – indem die Religion eine persönliche Sache ist und nicht die sozialen Beziehungen darüber definiert werden. Die Freiheit des Individuums macht Menschen kreativer, die Wissenschaft fortschrittlicher und lässt die Wirtschaft florieren. Das ist unsere «Leitkultur». In einer von liberalen Werten geprägten Gesellschaft sollten wir diese Leitwerte als Gebot für neuankommende Migranten aufstellen. Nur dadurch können sie sich integrieren. Integration misst sich nicht nur an Sprache und Arbeit. Es gibt auch eine emotionale Integration, eine Identifikation mit diesem Land und seinen Grundrechten und -werten. Wirklich integriert ist, wer die Rechte und Pflichten des Landes nicht nur akzeptiert, sondern auch zu verteidigen bereit ist.

Das Gespräch mit den Individuen soll also über die Verfassung geführt werden und nicht über Religionen. Genau. Von einer Anerkennung des Islam als Religion in der Schweiz wird wohl nur der politische Islam profitieren. Dessen Exponenten versuchen, sich als offizielle Vertreter aller Muslime in der Schweiz zu präsentieren. Es könnte patriarchale Strukturen und Bürokratie sogar verstärken.

Wir brauchen religiösen Gemeinschaften keine Sonderrechte einzuräumen – jeder ist seines Glückes Schmied.



Kacem el Ghazzali



Sozialversicherungsmissbrauch bekämpfen

Ja zum ATSG

Am 25. November stimmen wir über das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ab (ATSG). Damit soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Sozialmissbräuche wirkungsvoll zu bekämpfen. Für die FDP als Partei des Fortschritts ist die Nutzung moderner Technologie mit richterlicher Genehmigung eine Chance, Sozialmissbrauch wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig das Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialversicherungen zu stärken.

Mit dem ATSG sollen Träger der Sozialversicherungen (insbesondere die IV-Stellen, die Suva und private UVG-Versicherer) unter klaren Vorgaben und bei schwerem Missbrauchsverdacht Versicherte besser überwachen können. Für die FDP als Partei des Fortschritts ist die Nutzung moderner Technologie mit richterlicher Genehmigung keine Bedrohung, sondern eine Chance, wirksam gegen Sozialmissbrauch vorzugehen und sicherzustellen, dass die Bevölkerung den Sozialversicherungen weiterhin vertrauen kann.

Es ist gerade mal gut hundert Jahre her, als in der Schweiz heftig über die Einführung einer Unfallversicherung debattiert wurde. Erst im zweiten Anlauf befürwortete das Stimmvolk die Einführung dieser ersten Sozialversicherung in der Schweiz. Heute ist es kaum mehr vorstellbar, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegen Un-

fälle versichert sein sollen. Diese Selbstverständlichkeit darf uns jedoch nicht davon abhalten, zu diesen Errungenschaften Sorge zu tragen. Das Vertrauen in unsere Sozialwerke gilt es zu schützen.

Wirksam Missbräuche aufdecken

Die Versicherten müssen sich darauf verlassen können, im Schadenfall ihre berechnete Leistung zu erhalten. Als Beitragszahlerinnen und -zahler müssen sie ebenso darauf vertrauen können, dass ihre Gelder korrekt eingesetzt werden. Die Sozialversicherer haben dazu den gesetzlichen Auftrag,

Faktencheck: Die Zahlen 2014 bis 2016

Anzahl neuer Fälle/Jahr (Private Versicherer, IV, Suva)	350
Eingesparte Summe/Jahr	80 Mio. CHF
Eingesparte Summe/Fall	340 000 CHF
Bestätigungsquote (Verdacht bestätigt)	65 Prozent

Quelle: Schweizerischer Versicherungsverband

einen Leistungsanspruch sorgfältig abzuklären. Leider gibt es immer wieder Fälle, bei denen festgestellt wird, dass Versicherungsleistungen unberechtigterweise bezogen werden. Drei Viertel dieser Missbrauchsfälle könnten mit wirksamen Massnahmen verhindert werden.

Präventive Wirkung

Eine konsequente Bekämpfung von Sozialmissbrauch wirkt auch präventiv. Zu wissen, dass ein Verdacht konsequent aufgeklärt wird, kann kriminelle Energie eindämmen. Wer eine konsequente Bekämpfung von Sozialmissbrauch will, muss den Versicherern auch die notwendigen Instrumente geben. Deswegen braucht es ein Ja zum neuen Gesetz.

Massvolle Lösung

Das Gesetz ist ausgewogen und setzt klare und enge Grenzen für eine Observation: Es braucht aber immer einen Anfangsverdacht, der nicht anders geklärt werden kann. Bei einer Überwachung dürfen Sozialdetektive Bild- und Tonaufnahmen nur an frei zugänglichen Orten erstellen. Zudem ist der Einsatz von GPS-Trackern zur Standortbestimmung nur mit einer richterlichen Bewilligung möglich. Der Einsatz von weiteren Möglichkeiten, wie etwa der Einsatz von Richtmikrofonen oder Wanzen, das Eindringen in Computersysteme oder die Überwachung des Fernmeldeverkehrs, sind eine Erfindung der Referendumsführer. Diese Massnahmen bleiben wie bisher den Sozialdetektiven verwehrt.

Insgesamt ermöglicht das ATSG eine konsequente und glaubwürdige Bekämpfung von Sozialmissbrauch. Sagen wir deshalb Ja zum ATSG. Es ist ausgewogen und beruht auf der bewährten Praxis, mit der drei Viertel der Missbrauchsfälle aufgedeckt werden können.

Damian Müller, Ständerat LU

«Das Gesetz ist ausgewogen und setzt klare und enge Grenzen für eine Observation.»



Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative

Abstimmung vom 25. November

Am 25. November 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die sogenannte «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI). Die Bundesverfassung soll, mit Ausnahme des zwingenden Völkerrechts, einen generellen Vorrang gegenüber internationalen Verträgen erhalten. Alle bisher getroffenen internationalen Vereinbarungen der Schweiz, welche nicht dem Referendum unterstanden, sollen nur noch unter Vorbehalt gelten. Sollte ein internationaler Vertrag im Widerspruch zur Verfassung stehen, müsste er neuverhandelt oder gekündigt werden. Die Initiative scheitert an den eigenen Widersprüchen.

Auf den ersten Blick klingt die Initiative sympathisch. Wer will nicht mehr Selbstbestimmung? Mit ihrem Titel macht die SBI aber Versprechungen, die unmöglich eingehalten werden können. Sie kann dem Anspruch, der Verfassung gegenüber dem «bösen» Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen, aufgrund mehrerer Unklarheiten und innerer Widersprüche nicht gerecht werden. Der unklar

formulierte Initiativtext lässt bewusst die Frage offen, wann ein Konflikt zwischen Landes- und Völkerrecht vorliegt und welche Behörde dies zu beurteilen hätte. Ungeklärt ist auch, woran sich die Gerichte und rechtanwendenden Behörden halten müssen, wenn ein Völkerrechtsvertrag dem Referendum unterstand und gleichzeitig einer Verfassungsbestimmung widerspricht. Die Initiative ist

damit, entgegen ihrem Namen, überhaupt keine Lösung für den Umgang mit Normenkonflikten.

Nein zu einer widersprüchlichen und radikalen Initiative, die zu Rechtsunsicherheit führt

Hochproblematisch ist zudem die von der Initiative vorgesehene Rückwirkungsklausel, die alle bestehenden völkerrechtlichen Verträge gefährdet. Obwohl sich die Initianten nur an einigen wenigen Abkommen stören, greifen sie pauschal alle bereits abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge an. Das ist radikal – der Kündigungsvorbehalt gegen sämtliche Verträge ist brandgefährlich. Wenn bestehende Verträge nur noch unter Vorbehalt gültig sind, wird ein Zustand von Rechtsunsicherheit geschaffen. Die Initiative erreicht damit genau das Gegenteil dessen, was sie verspricht. Sie führt nicht zu einer Klärung zwischen Landes- und Völkerrecht, sondern zu noch mehr Unklarheit und Rechtsunsicherheit.

Nein zur Isolation

Die Initiative gaukelt vor, dass internationale Verträge einfach und unilateral geändert oder gekündigt werden könnten. Damit wird den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen gestreut. Neuverhandlungen von Verträgen sind ein komplexes Unterfangen und setzen die Zustimmung beider Vertragspartner voraus. Internationale Verträge werden immer von zwei Partnern geschlossen, und zwar freiwillig – wie im privaten Geschäftsleben auch. Ein Handschlag ist ein Handschlag. Verträge, die abgeschlossen werden, werden auch eingehalten. Abmachungen einfach einseitig und willkürlich nicht einzuhalten, geht nicht. Wegen der «Selbstbestimmungs-Initiative» werden Gerichte und Behörden aber zum Vertragsbruch angehalten. So verliert die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit in internationalen Verhandlungen und schwächt ihre Verhandlungsposition. Potenzielle Vertragspartner werden es sich in Zukunft zweimal überlegen, einen Vertrag mit der Schweiz abzuschliessen, da unklar ist, ob sich die Schweiz wirklich daran halten wird. Die Schweiz isoliert sich selbst. Völkerrecht ist entscheidend, damit ein Kleinstaat wie die Schweiz seine Interessen international durchsetzen kann. Wir sind darauf angewiesen, dass Verträge, die wir abschliessen, von unseren Vertragspartnern eingehalten werden. Wir akzeptieren auch nicht, wenn jemand nachher kommt und sagt: «Was wir abgemacht haben, gilt jetzt nicht mehr, weil wir eine Differenz in einem anderen Vertrag haben.» Lassen wir uns also nicht von der «Selbstbestimmungs»-Initiative täuschen. Sagen wir Nein zur rückwirkenden Kündigung internationaler Verträge mit dem Zweihänder.

Philipp Müller, Ständerat AG



Die Schweiz ist unsere Heimat, und sie ist heute ein Erfolgsmodell. Wir Freisinnigen haben die Aufgabe, dieses Erfolgsmodell zu sichern, weiterzuentwickeln und mit Weitsicht sowie Optimismus und Mut in die Zukunft zu tragen. Amélie Evard stellt die Vision der FDP.Die Liberalen vor.

Ich bin der Meinung, dass unsere Politik, unsere Denkweise und unser Handeln nicht von Ängsten bzw. Angstmacherei getrieben werden dürfen. Um auch zukünftig als erfolgreiche und eigenständige Schweiz weiterzukommen, müssen wir bestrebt sein, selbstbewusst und selbstbestimmt, durch zukunftsorientierte und sachgerechte politische Lösungen, unser Land weiterhin gemeinsam zu gestalten und nach vorne zu treiben. Damit dies gelingt, hat die FDP.Die Liberalen eine Vision mit sieben Zielen formuliert, welche Sie auf der FDP-Website im Detail nachlesen können.

«Heisse» Debatten

Sowohl der Sommer wie auch der Herbst 2018 waren in vielerlei Hinsicht hitzig: Nicht nur das zu trockene und warme Wetter sorgten für heisse Diskussionen, sondern auch die Debatten über die «Selbstbestimmungs»-Initiative oder zur AHV-Steuervorlage sind in vollem Gange. Solche Diskussionen zeigen auf, wie wichtig eine übergreifende Zukunftsvision für unser Land ist, um unsere Ziele zu erreichen.

Dazu gehören – ich habe das Klima bereits angesprochen – Überlegungen im Bereich der Umweltpolitik. Eine nachhaltige und effiziente Nut-

zung des Raumes und der natürlichen Ressourcen sind zu gewährleisten. Es wäre aber falsch, dies mit Zwängen und Verboten durchsetzen zu wollen. Viel zielführender ist eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik, welche einen schonungsvollen Umgang mit unserer Umwelt ermöglicht und an die Eigenverantwortung appelliert.

Wohlstand sichern

Ein weiteres Ziel ist die Sicherung unseres Wohlstandes, der heute grösstenteils auf der Exportwirtschaft basiert. Die Schweiz als kleine Nation ist also nur so stark, wie sie auch international als Vertragspartei verlässlich und vernetzt ist. Aussenpolitik und gute Handelsbeziehungen sind daher zentral für die Schweiz. Wir dürfen uns nicht abschotten: Der Zugang zu globalen Märkten muss auch künftig gewährleistet bleiben, damit der wirtschaftliche Austausch über unsere Grenzen hinaus funktioniert. Auch innenpolitisch sind gute, liberale wirtschaftliche Rahmenbedingungen für unseren Wohlstand unerlässlich: Wir dürfen den Unternehmen keine zusätzlichen Steine in den Weg legen.

Gesellschaft verändert sich

In unserer vielfältigen Gesellschaft wird die altern-

de Bevölkerung zunehmend zum Problem. Damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Zusammenleben reibungslos funktionieren können, sind zukunftstaugliche Lösungen gefragt. Es braucht daher einen nachhaltigen Generationenvertrag und flexible Lösungen der Altersvorsorge wie auch ein effizientes Pflege- und Gesundheitssystem.

Ein weiterer wichtiger Fokus unserer Zukunftsvision sind flexible und der Zeit angepasste Arbeitsmodelle und Arbeitsstrukturen sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn über die Frage «Familie oder Karriere?» denke ich als Hochschulabsolventin mit Familienwunsch immer häufiger nach.

Chancen der Digitalisierung

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter und sind sehr mobil. Neue Arbeitsmodelle und -strukturen, wie bspw. Home Office, sollten also verbreitet eingeführt und genutzt werden. Die Chancen der Digitalisierung müssen wir folglich auch für neue Arbeitsmodelle voll ausnutzen, weiterentwickeln,



Amélie Evard packt an für eine fortschrittliche Schweiz.

um so vom technologischen Fortschritt zu profitieren. Ich bin überzeugt, dass es mehr Flexibilität, klare Rahmenbedingungen und liberale, unbürokratische, wirtschaftsfreundliche Lösungen braucht, damit gerade gut ausgebildete Frauen durch moderne Arbeitsmodelle nicht mehr zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen.

Für unsere liberale Vision und folglich auch für das liberale Erfolgsmodell Schweiz setze ich mich zusammen mit der FDP ein. Lassen Sie es uns zusammen anpacken! Gemeinsam stellen wir sicher, dass unser Land auch für zukünftige Generationen erfolgreich bleibt. Gemeinsam weiterkommen – für eine eigenständige, intelligente und fortschrittliche Schweiz!

Amélie Evard, Vizepräsidentin Stadtrat Nidau und Mentee der FDP Schweiz

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Abstimmungsvorlagen

für den 25. November 2018



Nein

Volksinitiative vom 12. August 2016 «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»



Nein

Volksinitiative vom 23. März 2016 «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»



Ja

Änderung vom 16. März 2018 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)

AGENDA

12. November

Roadshow Winterthur mit BR-Kandidaten

14. November

Roadshow Yverdon mit BR-Kandidaten

16. November

Nomination Bundesratsersatzwahlen

25. November

Eidgenössische Volksabstimmung

5. Dezember

Bundesratsersatzwahlen/Fraktionssessen

26. November bis 14. Dezember

Wintersession

12. Januar 2019

Delegiertenversammlung

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

FAIRPLAY
BITTE!

JA

am 25. November
zur Änderung des
Sozialversicherungsrechts

Sozialversicherungen
vor Missbrauch schützen

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch

FDP

Die Liberalen



NEIN zur "Selbstbestimmungs"-Initiative

**Nein zum Frontalangriff auf
unsere Rechtssicherheit**

Gemeinsam weiterkommen.

25. November 2018
www.fdp.ch